

Der Fall Eric Garner, Reaktionen auf Obamas Einwanderungspolitik und der Umgang mit Vergewaltigungsvorwürfen

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 8. bis 12. Dezember 2014

(ew) In dieser Woche dominierten vor allem die Reaktionen der amerikanischen Gesellschaft auf das Urteil im Fall um Eric Garner die US-Presse. Ebenso kritisch wurden Präsident Barack Obamas Einwanderungsreform und der Vergewaltigungsvorwurf einer Studentin der University of Virginia, welcher im *Rolling Stone* erschienen war, diskutiert.

Eine Geschworenengjury in Staten Island entschied diese Woche im Fall Eric Garner, dass die Beweislage nicht ausreichend sei, um den New Yorker Polizisten Daniel Pantaleo, welcher für Garners Tod verantwortlich sein soll, anzuklagen. Die *Washington Post* kritisierte dieses Urteil mit dem Verweis darauf, dass, im Gegensatz zu der unklaren Beweislage im Fall Michael Brown, der Übergriff der New Yorker Polizei auf Eric Garner gefilmt wurde. Dies mache die Beweislage eindeutig und werfe somit die Frage auf, ob das Urteil der Geschworenen durch rassistische Ansichten beeinflusst worden sei. Die *Post* sieht in den Ereignissen Anzeichen für einen Wandel in der Stellung der Polizei, welche „der Gemeinschaft dienen und [sie] nicht beherrschen“ sollte. Hier verweist sie auf eine polizeiliche Theorie, laut welcher das harte Vorgehen gegen geringfügige Vergehen die Kriminalität stark verringern soll. Dies führe dazu, dass die Gesellschaft brutales Polizeiverhalten bereitwilliger toleriere und folglich Polizisten kaum noch Konsequenzen zu fürchten hätten. Weiterhin reflektierte die *Post* auch Präsident Obamas Verhalten und seine Reaktion auf die Proteste. Dieser handelte überlegt, indem er die Anlässe nutzte die gesellschaftlichen Probleme in den Vordergrund zu stellen. Die Vermeidung der Rassismusfrage sei „sehr viel hilfreicher“ als eine glamouröse „einmalige Rede“. Die *New York Times* kritisierte die Entscheidung der Geschworenen ebenso vehement und vertrat die Ansicht, dass das Video im Fall Garner ausreichend gewesen wäre um den Fall vor Gericht abzuhandeln. Die Tatsache, dass nun weder der Fall Michael Brown noch der Fall Eric Garner vor Gericht kämen, führe dazu, dass das amerikanische Volk schlussendlich die sinnvollste Erklärung als Wahrheit akzeptieren werde, nämlich, dass die Exekutive rassistisch handle und dass „schwarze Leben weniger wert sind als weiße“.

Darüber hinaus wurde Barack Obamas Entschluss Maßnahmen zu ergreifen um bis zu fünf Millionen illegale Einwanderer vor der Abschiebung zu bewahren weiterhin diskutiert. Die *Washington Post* beschreibt Präsident Obamas Solo-Entscheid als ein geschicktes Manöver gegen die Republikaner, welche dadurch in eine „politische Ecke“ gedrängt wurden. So mache dieser Schachzug die Republikaner, unabhängig von ihrer Reaktion auf das Dekret, zu den Schuldigen. Nichtsdestotrotz bemängelt die Zeitung die mangelnde Ausgereiftheit von Obamas Dekret. Dieser gab an lediglich „Kriminelle, keine Kinder“ mit Hilfe dieses Entschlusses abschieben zu wollen. Die Regeln seien jedoch so schwammig, dass sie „Einwanderern, welche für schwerwiegende Verbrechen verurteilt wurden,“

ermöglichten im Land zu bleiben. Die Zeitung kommt zu dem Schluss, dass die Republikaner entweder gar nicht handeln sollten, oder auf eine Art und Weise, die Präsident Obama zwänge sein Dekret stark abzuändern. Auch die *Los Angeles Times* sieht in Barack Obamas politischem Schachzug primär eine Strategie die Republikaner zum „Überreagieren“ zu provozieren. Der Entschluss gezielt öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Entscheidung zu lenken sei ein Anzeichen für die provokante Prämisse, nach welcher Obama handelte. Auch wenn weitgehend argumentiert würde, dass Obama lediglich versuche „Latinos in die Koalition der Demokraten zu zementieren“, sei sein Dekret im konstitutionellen Kontext gesehen „dubios“, da es illegalen Einwanderern ermögliche zahlreiche wichtige Dokumente, wie zum Beispiel Sozialversicherungsnummern, zu bekommen. Diese substantielle Schwäche von Obamas Aktion sieht die *LA Times* als Zeichen dafür, dass der Präsident hauptsächlich handelte um unüberlegtes Verhalten auf der Seite der Republikaner zu provozieren.

Die US-Presse griff außerdem auch diese Woche wieder den im *Rolling Stone* erschienenen Artikel über eine Studentin der University of Virginia auf. Diese wurde in ihrem ersten Semester angeblich von einer Gruppe von sieben Männern der Studentenverbindung Phi Kappa Psi vergewaltigt. Nachdem kurz nach dem Erscheinen des Artikels im *Rolling Stone* bereits erste Kritik an der Einseitigkeit der Berichterstattung formuliert wurde und Diskrepanzen in der Beweislage deutlich wurden, ist das Thema trotz offizieller Entschuldigung von Will Dana, dem Redakteur des *Rolling Stone*, immer noch aktuell. Die *New York Times* griff den Vorfall auf um die Institution Studentenverbindung kritisch zu bewerten. Im Gegensatz zur Prämisse der weiterführenden Bildungseinrichtungen, welche versuchten die Perspektiven ihrer Studenten zu erweitern, begünstigten Verbindungen beschränkte Sichtweisen. Die Auswahl der Mitglieder führe zu einer Exklusivität der Verbindungen und somit zu Engstirnigkeit statt Offenheit. Da Verbindungen jedoch auf Grund ihres Prestige auch eine zentrale Rolle für die Karriere vieler Alumni spielen und darüber hinaus sowohl soziale Unterstützung als auch eine Unterkunft für Studenten böten, sei die Emanzipation der Universität von Verbindungen kein einfaches Unterfangen. Die *Dallas Post* sieht in dem Umgang mit dem Vorfall an der University of Virginia einen tragischen journalistischen Fehler, welcher in Zukunft die Glaubwürdigkeit von Opfern sexueller Übergriffe zweifelhafter mache, zumal dies bereits jetzt mit Problemen behaftet sei. Das Versäumnis des *Rolling Stone* vor Erscheinen des Artikels auch die Position der Gegenseite darzustellen, habe dieses Problem weiter verschärft. Die *Washington Post* kritisierte außerdem die Vorgehensweise der Universität, welche nach eigenen Angaben noch keine Studenten wegen sexuellen Übergriffen exmatrikuliert hatte. Dies erschwere nicht nur das Melden der Tat an sich, sondern gäbe den Opfern darüber hinaus das Gefühl von Seiten der Universität nicht unterstützt zu werden. Abschließend verwies sie jedoch lobend auf das Prinzip der Universität, trotz der Vorfälle eine strikte Null-Toleranz Politik gegen sexuelle Übergriffe beizubehalten.

Quellen:

www.usatoday.com/

www.washingtonpost.com/

www.nytimes.com/

www.latimes.com/

www.dallasnews.com/

